

„Verrückte Versprechen“

Eine Pensionistensteuer sowie ein „Abschmelzen“ überhöhter Pensionen seien unausweichlich, sagt Sozialforscher Marin in Alpbach.

ALPBACH (SN-lei). Bernd Marin liebt die Provokation. Fern von Wien, beim „Europäischen Forum Alpbach“, forderte der Direktor des Zentrums für Wohlfahrtspolitik in Wien einen Tabubruch, der prompt zu einem Aufschrei in der Hauptstadt führte: Aus „psycho-hygienischen Gründen“ müssten auch bisher ausgeklammerte Gruppen in die Pensionsreform einbezogen werden – also Pensionisten sowie jene, die bis 2033 in Pension gehen, aber via „Deckel“ bei der jüngsten Pensionsreform weitgehend ungeschoren davongekommen sind. Um Gerechtigkeit zwischen den Berufsgruppen und Generationen herzustellen, schlägt er vor, das Pensionskonto nicht erst bei den Altersgruppen unter 35 Jahren, sondern bei allen anzuwenden. Auf diese Weise würden die „Überzahlungen“ sichtbar, also jene Teile des Pensionsversprechens, dem weder geleistete Beiträge noch vertretbare staatliche Zuschüsse gegenüberstünden. Bei den Pensionisten könnten diese je nach sozialer Verträglichkeit über einen Solidarbeitrag verringert werden. Die Prognose:

„In ein bis zwei Legislaturperioden werden wir um eine Pensionistensteuer nicht herumkommen.“

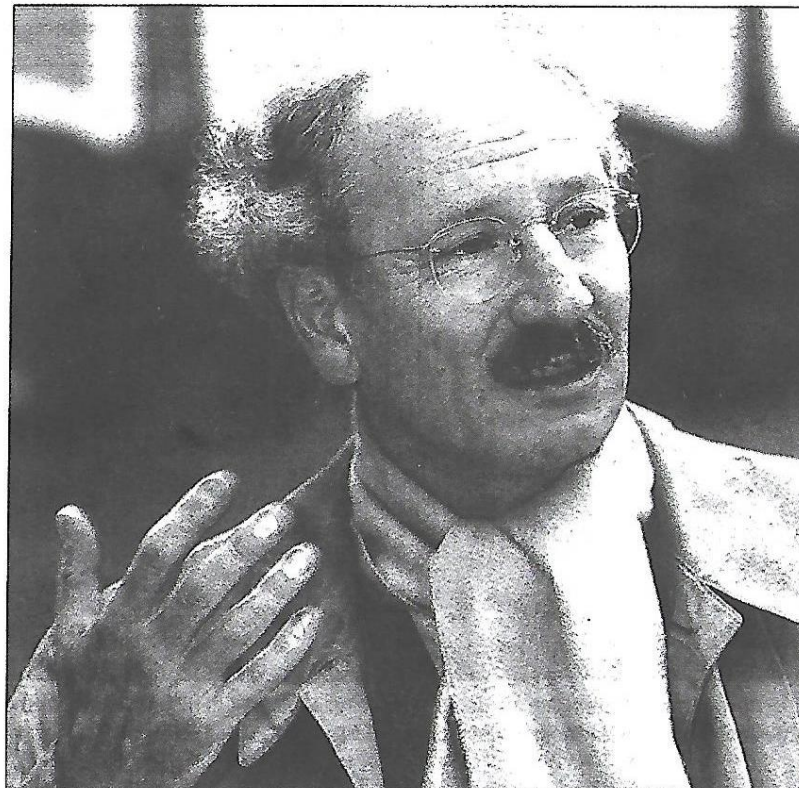
Bei jenen, die bis 2033 in Pension gingen, sollte es so schrittweise Kürzungen geben. „Wurde mir zum Beispiel um 24 Prozent Pension zu viel versprochen, könnte sie jährlich um 1,5 Prozent gekürzt werden, bis sie ein realistisches Niveau erreicht.“ Die soeben be-

schlossene Pensionsreform habe „die grobe Schieflage eines ständigen Pensionssystems auf 30 Jahre fortgeschrieben“, bemängelt der Experte. „Die Unfairness ist ein ernstes Problem. Jetzt bekommen manche bis zu 16 Prozent Rendite auf eingezahlte Pensionsbeiträge. Die Jungen werden hingegen null Prozent bekommen.“

Es ginge nicht an, nur die Jun-

gen unter 35 zahlen zu lassen, betont Marin. Beitragsgerechtigkeit müsse ein Ziel sein, sonst flüchteten die Jungen aus dem System. Schon jetzt gebe es Selbstständige, die sich mit dem Argument, ins Ausland zu gehen, vorübergehend von der Sozialversicherung abmelden. Der große Sündenfall sei die in letzter Minute beschlossene Deckelung der Pensionsverluste für Neo-Pensionisten gewesen. „Gegenüber den Jungen war das eine Sauerei“, meinte Marin Montagabend am Rande des Alpbacher Symposiums im SN-Gespräch. „Die Jungen können mit dem Generationenvertrag zum Salzzamt gehen, weil er ja nirgends festgeschrieben ist. Sie sind zu Recht zornig.“ Der Vertrauensschutz sei kein Argument gegen Eingriffe. „Es wäre verrückt, die Versprechungen gegenüber den Älteren einzuhalten. Geschützt müssten nur die Beitragsleistungen selbst bleiben.“

Sozialminister Herbert Haupt (FPÖ) regte in Alpbach einen Pensionskorridor von 62 bis 67 an. Innerhalb dieser Altersspanne solle jeder frei entscheiden, wann er in Pension ginge. Die Wirtschaft will diese Spanne sogar auf 60 bis 70 Jahre verlängern: Schweden sei hier ein sehr gutes Beispiel, sagte Kammerpräsident Christoph Leitl. Er kann sich prinzipiell auch ähnlich hohe Abschlüsse vorstellen. In Schweden verliert man pro Jahr, das man früher in Pension geht, 12 Prozent des Pensionsanspruchs.



Aufreger: Sozialforscher Marin fordert eine Pensionisten-Steuer.

Bild: SN/APA/Artinger